



Eva-Maria Stange: Ostdeutsche Biographien in der gesamtdeutschen Gewerkschaft

Dr. Eva-Maria Stange, geb. 1957 in Mainz, ist seit 1997 Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Ich werde nichts zur FDGB Geschichte sagen, sondern zur Rolle einer Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Gewerkschaftslandschaft. Ich habe meinen Beitrag bewusst sehr persönlich angelegt, weil ich glaube, dass die Zeit noch nicht gekommen ist, eine Verallgemeinerung von ostdeutschen Biographien in der gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung vorzunehmen.

Ich bin, Jahrgang 1957, in die DDR hineingeboren und habe folglich bis 1989 auch nur ein Gesellschaftssystem - den real existierenden Sozialismus - kennen gelernt. Meine Biographie ist typisch für das Kind einer Arbeiterfamilie: Abgesehen von finanziellen Engpässen führte mein Weg geradlinig von der Schule über das Abitur zum Lehrstudium. Drei Jahre Schuldienst, dann die Möglichkeit, über eine Aspirantur die Promotion an der Pädagogischen Hochschule in Dresden abzulegen. Ein Jahr Pause zur Versorgung meiner zweiten Tochter - die erste war im letzten Studienjahr geboren - und dann wieder zurück an die Hochschule. Dort bildete ich bis 1989 Diplomlehrkräfte aus und widmete mich besonders der Forschung im Bereich der Physikmethodik, im westdeutschen Bereich nennt man das Physikdidaktik. 1989 gab es dann endlich die Möglichkeit, in die Schule zu gehen, da die Studentenzahlen zurückgingen und die Forschungsperspektive zunehmend ungewiss wurde.

Ich hatte keinen Grund, eine Widerstandskämpferin gegen das System zu sein, war nicht an vorderster Front politisch aktiv, aber auch keine passive Beobachterin. Spätestens seit 1985 gab es, insbesondere im Rahmen unserer Pädagogischen Hochschule, viele kritische Auseinandersetzungen, aber immer geprägt von der Hoffnung, das System selbst von innen heraus ändern zu können.

Im Oktober 1990 wurde ich Mitglied der GEW, nachdem sie bereits schwierige Geburtsstunden hinter sich hatte, die ich aber nicht miterlebt hatte, da meine Politikverdrossenheit bis dahin noch angehalten hatte. Nach drei Jahren im sich wandelnden Schulsystem von 1989 bis 1992 wurde ich dann Vorsitzende des Bezirkspersonalrates der Gymnasiallehrkräfte in Dresden, nachdem ich bereits 1990 im Kreis- und dann anschließend im Bezirksvorstand in Dresden tätig gewesen war. Also alles in allem ein ziemlich gradliniger Weg, der Ende 1993 zunächst einmal damit endete, dass ich Vorsitzende der GEW in Sachsen wurde.

Die Wahl 1997 zur Bundesvorsitzenden der GEW hat viel öffentlichen Wirbel erzeugt, nicht nur, weil sie unvorbereitet für die GEW und die Öffentlichkeit kam, sondern auch, weil erstmals eine Ostdeutsche bundesweit die Führungsfunktion einer Gewerkschaft übernahm und dazumal noch eine Frau. Die Fragen, die mir dazu von Journalisten gestellt wurden, habe ich leider nicht gesammelt, aber sie wären schon einer Würdigung wert. Dass dies ausgerechnet bei der GEW geschah, hat viele verwundert und mir neben konspirativen Unterstellungen auch in der eigenen Gewerkschaft zahlreiche Fragen eingehandelt. Sicher gibt es

dafür keine einfache Ursache-Wirkung-Erklärung. Aus meiner Sicht sind aber einige Aspekte nicht von der Hand zu weisen, die ich ganz kurz anreißen möchte:

Die GEW hat, wie alle Gewerkschaften, 1990 und danach eine schwierige Aufbau-phase im Osten bewältigt. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften gibt und gab es jedoch zu keinem Zeitpunkt westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre an der Spitze der ostdeutschen Landesverbände. Der Aufbau der Gewerkschaftsstrukturen erfolgte zwar mit starker Unterstützung westdeutscher Kolleginnen und Kollegen, aber stets unter dem Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Landesverbände der GEW haben - das ist eine Besonderheit gegenüber anderen Gewerkschaften - einen hohen Autonomiestatus aufgrund des föderalen Systems auch innerhalb der Organisation. Damit verbunden ist ein Grad der politischen, organisatorischen und personellen Eigenverantwortung der Landesgremien, wie er meines Erachtens mit anderen Gewerkschaften nicht vergleichbar ist. Das ist uns übrigens besonders in der Diskussion um den Zusammenschluss der Gewerkschaften zu „ver.di“ deutlich geworden.

Ein dritter Aspekt: Beides - die Autonomie und zum anderen die Unterstützung der westdeutschen Kollegen, ohne dass sie selbst Spitzenfunktionen übernommen hätten - führte zu einem wachsenden gewerkschaftspolitischen Selbstbewusstsein der GEW-Funktionäre des Ostens auch innerhalb der Gesamtorganisation. Immer wieder wurde von den Kollegen und Kolleginnen und seit 1993 auch von mir selbst angemahnt, den Belangen der ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen auf bildungs- und tarifpolitischem Gebiet und in den gemeinsamen organisationspolitischen Strukturen mehr Beachtung zu schenken als das aufgrund der Kräfteverhältnisse 11 Landesverbände West/ 5 Landesverbände Ost gegeben ist. Ich möchte jedoch auch nicht ausschließen, dass einige Delegierte mit der Wahl einer ostdeutschen Vertreterin die Hoffnung verbanden und nach wie vor verbinden, den notwendigen Erneuerungsprozess ihrer Organisation - also der GEW - zu beschleunigen, weil sie keine Chance sehen, es aus eigenen Kräften zu schaffen.

Ein zweiter Punkt: Wie kommt man mit einer ostdeutschen Biographie in der gesamtdeutschen Gewerkschaftsszene zurecht? Eigentlich müsste die Frage eher lauten: Wie kommt man als Ostdeutsche - nämlich Frau - im westdeutschen männlich dominierten Gewerkschaftsleben zurecht? Obwohl ich dieses Amt jetzt bereits zwei Jahre lang ausübe, komme ich mir oft wie ein blutiger Neuling vor und muss alles Selbstbewusstsein zusammennehmen, um nicht zu kapitulieren vor so viel gewerkschaftsorganisatorischer, gewerkschaftspolitischer und bildungspolitischer Erfahrung meiner meist männlichen Kollegen in anderen Gewerkschaften, aber auch in der eigenen Organisation. Innerhalb der GEW und der dominierenden Bildungspolitik sind es vor allem die 68er, die den „politischen“ Ton angeben, sich seit Jahrzehnten zum Teil persönlich gut kennen, Argumente für ihre Position tausendfach ausformuliert und verteidigt haben. Da ist es nicht immer leicht, Althergebrachtes infrage zu stellen oder Zweifel zum Ausdruck zu bringen, dass die Bedingungen - und zwar nicht nur im Osten - heute andere sind und neue Lösungen erfordern. Beschlusslagen von vor 1989 sind mir nicht stets präsent und sind meines Erachtens unter den veränderten Bedingungen seit 1989 überhaupt infrage zu stellen. Die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen müssen das Recht haben, Zweifel an diesen Beschlüssen zu äußern und neue Antworten für die gemeinsame Organisation zu finden. Das gilt für den DGB gleichermaßen.

Die Menschen in den ostdeutschen Ländern waren und sind seit 1990 gezwungen, in rascher Folge grundlegende Veränderungen ihres Lebens hinzunehmen und mitzugestalten. Als Gewerkschaftsfunktionärin sehe ich meine Aufgaben vor allem in der Gestaltung der

Arbeits- und Lebensbedingungen. Leider geben es die politischen Kräfteverhältnisse nicht in jedem Fall her, Akteure des Prozesses zu sein. In Sachsen, wo ich herkomme, waren wir meist gezwungen, bei allen guten Ansätzen auf Vorgaben der Landesregierung, seit Anbeginn von der CDU gestellt, und der Arbeitgeber zu reagieren und das Mitgestaltungsrecht einzufordern oder auch durch Abwehr das Schlimmste, nämlich den Abbau von Arbeitsplätzen, zu verhindern. In den meisten Fällen wurde und wird schnelles Handeln auch von einer demokratischen Organisation verlangt. Monate- oder jahrelange Mitgliederdiskussionen, meist sind es ja auch im Westen nur Funktionärsdiskussionen, sind undenkbar, wenn man nicht von Tatsachen überrollt werden wollte oder will. Andererseits muss es natürlich in einer Gewerkschaft Möglichkeiten und Wege der schnellen Rückkoppelung mit den Mitgliedern geben, um auch die notwendige Basis für Aktionen zu sichern und eine Entfremdung zwischen Funktionärinnen und Funktionären und Mitgliedern nicht entstehen zu lassen. Dies erfordert einen immensen Arbeitsaufwand der meist, zumindest in der GEW, ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre auf allen Ebenen und ein sehr enges Zusammenwirken innerhalb der Organisation.

Viele Dinge, die wir seit 1990 im Osten auf dem Weg gebracht haben und mitgestaltet haben, lösten bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Westen nur mitleidiges Bedauern aus oder auch das vorwurfsvolle "Wie konntet ihr das nur zulassen?". Ich möchte dies an einem Beispiel meiner eigenen Gewerkschaft deutlich machen, welches für viele andere stehen mag.

Im Osten Deutschlands hat es seit 1990 einen verheerenden Geburteneinbruch ergeben. Lediglich 40 bis 50 Prozent der Geburtenrate von vor 1989 gab es bis etwa 1994, als erneut ein leichter Anstieg einsetzte. Das ist unter anderem ein Ausdruck der erheblichen Verunsicherung vieler Menschen, die entweder bereits arbeitslos geworden sind oder jedenfalls mit dieser Perspektive leben müssen. Natürlich ist es auch ein Ausdruck dafür, dass zum Beispiel Reisen oder materielle Anschaffungen in der Lebensplanung Vorrang vor Kindern gewannen.

Die Folgen dieses Geburtenrückgangs wird die gesamte Gesellschaft früher oder später schmerzlich zu spüren bekommen. Ich glaube, viele sind sich dessen noch gar nicht bewusst. Zunächst traf es jedoch die Erzieherinnen - meist sind es ja Frauen - in den Kindertagesstätten und anschließend die Lehrkräfte in den Schulen. Zehntausende verloren in kurzer Zeit ihren Arbeitsplatz, auch weil die Landesregierungen die Standards für die Kindertagesstätten Schritt für Schritt verschlechterten. Zunächst mussten wir fast hilflos zusehen, bis wir auf Drängen der Kolleginnen und zum Teil gegen den Willen unserer Schwestergewerkschaft ÖTV, Teilzeitvereinbarungen zustimmten. Eine generelle Absenkung der Arbeitszeit, wie sie vor allen Dingen von der ÖTV, aber auch anderen gefordert wurde, war und ist in diesem Bereich Zukunftsmusik. So wie später auch im Lehrkräftebereich, waren die Frauen oftmals die einzigen in der Familie, die noch einen Job hatten, da die Industriebetriebe viel eher und schneller von Entlassungen betroffen gewesen waren. Als die GEW Sachsen 1997 an einem Morgen nach schwierigen Verhandlungen mit der Landesregierung über eine Teilzeitvereinbarung für Grundschullehrkräfte mit den Kolleginnen und Kollegen über die endgültige Zustimmung zu dieser Vereinbarung diskutierte, stand eine Kollegin aus dem ostsächsischen Raum auf und sagte: „Kein Mensch in meinem Dorf würde Verständnis dafür haben, wenn ich jetzt streike, obwohl mir eine Teilzeitvereinbarung meinen Arbeitsplatz auf Dauer sichert.“ Die offizielle Arbeitslosenquote in dieser Region lag bei 22 Prozent. Wir haben unterschrieben, wie in allen anderen östlichen Bundesländern auch, weil die Sicherung der Arbeitsplätze viel mehr Wert war und ist als eine befristete Absenkung des Einkommens auf bis zu 50 Prozent über mehr als zehn Jahre.

Natürlich wurde ich vor allem nach meiner Wahl 1997 oft von Journalisten gefragt und zum Teil heute noch, ob ich mir dieses Solidarmodell auch für den Westen vorstellen könnte, um mehr jungen Menschen Arbeitsplätze zu schaffen. Doch so einfach lassen sich die Bedingungen meines Erachtens nicht übertragen. Immerhin sind die Hintergründe für diese Teilzeitvereinbarungen Entscheidungen über existenzielle Zwänge, die damit gemildert werden sollen. Ich habe meine Zweifel und habe das auch mehrfach in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, ob man in diesem Fall überhaupt von Solidarität reden kann.

Ähnliche Beispiele sind sicher in anderen Gewerkschaften zu finden. Die Öffnungsklauseln in vielen Tarifverträgen machen dies überdeutlich. Leider wurde jedoch auch innerhalb der Gesamt-GEW zu wenig und nicht ernsthaft genug über die Situation der Gewerkschaften im Osten gesprochen. Noch heute sind viele Funktionärinnen und Funktionäre der westlich dominierten Gesamtgewerkschaft der Meinung, es handelte sich um einen vorübergehenden Ausnahme- und einen Krisenzustand, der bald vorüber sein wird. Das halte ich bereits seit Jahren für einen gravierenden Irrtum, was letztendlich zur Folge hat, dass man die Lösung der Probleme den ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen alleine überlässt. Was im Osten funktioniert, ist leicht als Druckmittel durch die Arbeitgeber zur Verschlechterung der Bedingungen im Westen einsetzbar, dafür gibt es viele Beispiele. Die Solidarität innerhalb der Gewerkschaften zwischen Ost und West hat in dieser Frage zu wenig funktioniert, und ich schreibe dies vor allem den Funktionärinnen und Funktionären an der Spitze der Gewerkschaften zu. Das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger und auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Westen an der ostdeutschen Entwicklung ist nach den anfänglichen euphorischen gegenseitigen Besuchen längst verflogen. Aber auch ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen ziehen sich unverstanden in die Schmollecke zurück. Die fehlende Einbeziehung ostdeutscher Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaftsvorstände - ich meine damit nicht den „Quoten-Ossi“, den jede Gewerkschaft hat - und die oft nicht vorhandene gründliche Auseinandersetzung mit der innerorganisatorischen Situation, mit der Interessenlage der Mitglieder und mit der Tiefe der existenziellen Umwälzungen im Osten, führt zur Spaltung der Gewerkschaften und nicht zu ihrer Einheit.

Ich bin heute der Auffassung, dass wir noch keine echte gesamtdeutsche Gewerkschaftslandschaft haben, sondern immer noch in der Kategorie ost- und westdeutscher Problemlagen denken und auch handeln. Eine Nagelprobe dafür wird erneut die kommende Tarifaueinandersetzung um die Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst sein. Solange man es den Ostdeutschen allein überlässt dafür zu streiten und zu streiken, wird es diese Angleichung nicht geben. Konsequenz ist, dass das Ostniveau vom Arbeitgeber zukünftig zum Maßstab auch für den Westen gemacht wird.

Lasst mich noch ein weiteres Problem ansprechen: die Mitgliederverluste im Osten - man erwähnt sie ja nicht so gerne auf solchen Veranstaltungen. Die Ursachen dafür sind meines Erachtens vielfältiger Natur, selbst innerhalb einer Gewerkschaft. Eine Ursache aber ist mit Sicherheit die fehlende traditionelle und bewusste Bindung der Mitglieder an eine Gewerkschaft als Solidar- und Kampfgemeinschaft. Hinzu kommt, dass die meisten ostdeutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, nicht wie im Westen oft üblich, einer Partei angehören und damit politisch vorgeprägt sind. Insofern haben sie viel gemeinsam mit neuen und jungen Mitgliedern in den westlichen Ländern. Wie gewinnt und hält man diese Kolleginnen und Kollegen für eine und in einer Gewerkschaft? Mit Rechtsschutz oder einem Reisepaket? Das sind mit Sicherheit keine Dauerlösungen, auch wenn die Dienstleistungsangebote innerhalb der Gewerkschaften eine immer größere Rolle spielen. Wie erzeugt man ein „Wir“-Gefühl und führt den Spruch „Was tut meine Gewerkschaft für mich“ ad absurdum? Wir haben es

versäumt - weil Tagesprobleme uns drückten -, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit im Osten zu forcieren und als notwendige Aufgabe zur Schaffung einer gemeinsamen Identität anzusehen. Zunehmend wird dies auch ein Problem im Westen, denn die alten „Kämpfer“ - wie ich sie einmal bezeichnen möchte - sind im Rückzug. Wir müssen also gemeinsam neue Wege zur Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung für die Gewerkschaften suchen - und zwar möglichst bald. Die östlichen Bundesländer sind dazu ein Bewährungsfeld.

Abschließend möchte ich noch einen Wunsch äußern - was ja an einem 50. Geburtstag erlaubt ist: Im kommenden Jahr werden viele Gewerkschaften ihr zehnjähriges Gründungsjubiläum der Ost-Landesverbände begehen. Dies sollte ein Anlass zu gemeinsamer Reflexion in den Gewerkschaften sein, die vielleicht auch darin mündet, ostdeutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern mehr an Führungsposition zuzutrauen und vom Quoten-Ossi ebenso Abstand zu nehmen wie von der Quoten-Frau und dem Quoten-Jugendlichen.